

Paula Berendt/Halliki Kreinin/Doris Fuchs

„Darum muss man deutlich im Bewusstsein behalten, dass es im Klimawandel diversifizierte Verantwortlichkeiten gibt, und sich [...] besonders auf die Bedürfnisse [...] der Verletzlichen konzentrieren, in einer Debatte, die oftmals von den mächtigeren Interessen beherrscht ist.“
(LS 52)

Strukturen für ein nachhaltiges und gerechtes Ernährungssystem als Teil einer globalen Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlagenda politisch ermöglichen

Zusammenfassung

Trotz der Dringlichkeit, die von den ökologischen Krisen ausgeht, stößt die politische Verfolgung globalen Gemeinwohls auf vielfältige Widerstände. Um in dieser Situation Ansatzpunkte zur Veränderung auszumachen, bietet sich die Perspektive der provisioning systems an, die einen strukturellen Blick auf Systeme der Ressourcenumwandlung zur Deckung von Bedürfnissen richtet. Dieser Beitrag, der auf Ergebnissen des Forschungsprojektes „EU 1.5°-Lifestyles“ beruht, beleuchtet vor diesem Hintergrund Strukturen, die eine Nachhaltigkeitstransformation behindern sowie Maßnahmen zu deren Veränderung, am Beispiel des Ernährungssystems. Diese Maßnahmen zielen im Kern darauf ab, individuelles und kollektives Wohlergehen herzustellen und dabei den Einsatz von Ressourcen in einem ganzheitlichen Sinne effizienter zu gestalten. Eine wesentliche Herausforderung für deren Umsetzung ist jedoch die politische Governance einer Nachhaltigkeitstransformation, die gegenwärtig durch Machtasymmetrien und damit ungleiche Möglichkeiten zur Beteiligung an deren Gestaltung geprägt ist.

Abstract

Despite the urgency emanating from the ecological crises, the political pursuit of the global common good faces considerable resistance. Offering a structural lens on systems of resource conversion for meeting needs, the perspective of provisioning systems can be applied to identify starting points for change. Based on results of the ‘EU 1.5°-Lifestyles’ research project, this article examines structures that hinder a sustainability transformation as well as measures for transforming them, using the food system as an example. At the heart of these measures is the aim of ensuring individual and collective wellbeing while improving the efficiency of resource use in a holistic way. However, a key challenge for their implementation is the political governance of a sustainability transformation, which is currently characterised by power asymmetries and therefore unequal opportunities to participate in shaping it.

1 Einleitung

Anstelle eines Fokus auf globale Kooperation zur Erreichung von Gemeinwohl- und in diesem Sinne auch Nachhaltigkeitszielen sind in den internationalen Beziehungen zunehmend nationalistische Tendenzen, ein Rückzug aus internationalen Vereinbarungen zur Erreichung dieser Ziele und Konkurrenz um Zugänge zu knapper werdenden Ressourcen zu beobachten. Derweil verschärfen sich soziale und ökologische Krisen, die ihren Ausdruck in extremer sozialer Ungleichheit, gewaltsauslösenden Konflikten, Flucht und dem Entzug natürlicher Lebensgrundlagen finden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was der Begriff des globalen Gemeinwohls im Kontext einer Transformation zur Nachhaltigkeit bedeuten kann. Dieser Beitrag¹ geht davon aus, dass dies vor allem einschließt, dass alle Menschen, sowohl gegenwärtig als auch in Zukunft, die Möglichkeit haben, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen und ein gutes Leben zu führen. Diese Möglichkeiten sind jedoch durch die Art und Weise, wie Versorgung und Konsum gesellschaftlich organisiert sind, gegenwärtig extrem ungleich verteilt (vgl. Fuchs u. a. 2021). Diese Lage wird sich aufgrund der globalen ökologischen Krisen, insbesondere der Klimakrise, in den kommenden Jahren zunehmend verschärfen und so das Wohlergehen zahlreicher Menschen weiter gefährden. Dabei sind es insbesondere vulnerable und marginalisierte Gruppen, die am wenigsten zu den Umweltveränderungen beigetragen haben, die am stärksten von ihren Folgen betroffen sein werden und bereits heute von ihnen betroffen sind (vgl. Ripple u. a. 2024). Daher ist eine tiefgreifende und sofortige sozial-ökologische Transformation hin zu auf 1,5 °C ausgerichteten Formen der Versorgung erforderlich (vgl. Gough 2019; Stoddard u. a. 2021; IPCC 2022). Vor diesem Hintergrund sollten Politiken für eine globale Gemeinwohlagenda also darauf ausgerichtet sein, die Strukturen für eine gerechte Verteilung der Möglichkeiten zur Bedürfnisbefriedigung auf nachhaltige Weise herzustellen, also so, dass sie gegenwärtig wie zukünftig verallgemeinerbar sind.

Die Herstellung solcher Strukturen erfordert jedoch umfassende Veränderungen der gesellschaftlichen Organisation von Versorgung und Konsum. Dies wird besonders deutlich, wenn man durch die Perspektive

¹ Der Beitrag beruht konzeptionell auf Kreinin u. a. (2024), fokussiert dabei aber auf die für die Transformation des Ernährungssystems relevanten empirischen Erkenntnisse.

der *provisioning systems* auf diese Organisation blickt. Sie erlaubt einen Überblick darüber, wie und warum Ressourcen in Güter und Dienstleistungen umgewandelt werden, damit sie zur Deckung von Bedürfnissen eingesetzt werden können, und zeigt auf, wo die Bedürfnisbefriedigung ineffizient organisiert ist und verschiedene Systeme der Versorgung nicht-nachhaltig sind (vgl. Bärnthaler u. a. 2022; Bayliss/Fine 2021; Fanning u. a. 2020). Damit bietet die Betrachtung von Versorgungssystemen eine strukturelle Perspektive, die es ermöglicht, den Blick auf die Zusammenhänge der Nicht-Nachhaltigkeit zu richten sowie auf ihre Verwobenheit mit bestehenden Machtverhältnissen, die diese hervorgebracht haben und weiter fortsetzen (vgl. Brand/Wissen 2017; Fuchs u. a. 2016).

Insbesondere das Ernährungssystem als System, das die gesamte Kette von der landwirtschaftlichen Produktion über den Handel und die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln bis zum Endverbrauch und zur Entsorgung umfasst, ist in vielfacher Hinsicht mit Ungleichheiten und ökologischen Krisen verbunden. So enden einerseits global 931 Mio. Tonnen Lebensmittel entlang des gesamten Systems als Abfall (vgl. UN DESA 2023), während etwa 2,8 Mrd. Menschen an Fehlernährung, einschließlich Übergewicht leiden (vgl. WHO 2024). Andererseits nimmt die Tierhaltung, inklusive der Futtermittelerzeugung, global rund 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch (vgl. Ritchie/Roser 2024), während die globale landwirtschaftliche Nutzung maßgeblich zur Überschreitung zahlreicher ökologischer Grenzen, auf lokaler wie auf planetarer Ebene, beigetragen hat (vgl. Campbell u. a. 2017).

Diese widersprüchlichen Phänomene zeigen beispielhaft auf, dass die Umwandlung von Ressourcen in Güter und deren Einsatz zur Deckung von Bedürfnissen im Ernährungssystem systemisch ineffizient und nicht-nachhaltig ist. In der Literatur zu nachhaltigem Konsum wird Ernährung daher als eins der wesentlichen Versorgungssysteme ausgemacht, das im Rahmen einer Nachhaltigkeitstransformation adressiert werden muss (vgl. Koide u. a. 2021; Webb u. a. 2020). Um die globalen sozialen und ökologischen Krisen zu bewältigen und globales Gemeinwohl langfristig zu ermöglichen, sind jedoch erhebliche systemische Veränderungen nötig, also Veränderungen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und technologischen Strukturen, die die vorherrschenden nicht-nachhaltigen Lebensstile und Konsummuster hervorgebracht haben (vgl. Fuchs u. a. 2021). Die Gestaltung und Umsetzung dieser dringlichen strukturellen Veränderungen wirft jedoch weiterhin Fragen auf. Entsprechend widmet sich dieser Beitrag der Identifizierung von relevanten

strukturellen Hürden für eine bedürfnisorientierte Umgestaltung von Versorgungssystemen, insbesondere dem Ernährungssystem, und den Perspektiven von Stakeholdern und Expert*innen auf Strategien, um diese Hürden zu überwinden. Diese Perspektiven sind das Ergebnis von Expert*innen-Interviews sowie dem Workshop-Format der *Stakeholder Thinking Labs*, die im Rahmen des EU 1.5° Lifestyles Projektes in fünf europäischen Ländern durchgeführt wurden.

Um zu erkunden, wie Strukturen für die Ermöglichung globalen Gemeinwohls in Bezug auf das Ernährungssystem geschaffen und gestaltet werden können, wird im folgenden Abschnitt zunächst das Verständnis von Gemeinwohl und Bedürfnissen, das diesem Beitrag zugrunde liegt, sowie der Ansatz der *provisioning systems* und seine Verbindung zu nachhaltigen Lebensstilen vorgestellt. Daran anschließend wird der methodische Prozess der durchgeführten Expert*innen-Interviews und *Stakeholder Thinking Labs* beschrieben. Die wichtigsten empirisch gewonnenen Ergebnisse werden daran anknüpfend präsentiert und im Kontext des Ansatzes der *provisioning systems* sowie der weiteren Literatur eingegliedert. Daraus ergeben sich einige Schlussfolgerungen für die Gestaltung von Politiken einer globalen Gemeinwohlagenda, insbesondere zur Ermöglichung von Strukturen für ein nachhaltiges und gerechtes Ernährungssystem, die abschließend dargestellt werden.

2 Theoretischer Hintergrund

Geht man davon aus, dass *Gemeinwohl* im Kontext von Nachhaltigkeit die Ermöglichung eines *guten Lebens für alle* bedeutet, gilt es, diese Begriffe genauer zu klären. Der Beitrag nimmt dabei keine umfassende Einordnung in die traditionsreichen philosophischen Debatten um diese Begriffe vor, sondern bezieht sich auf ein spezifisches Verständnis des *guten Lebens*, das in der sozial-ökologischen Transformationsforschung verstärkt herangezogen wird. Kern dieses Verständnis ist, die Erfüllung *grundlegender menschlicher Bedürfnisse* zu ermöglichen. Diese Bedürfnisse, zu denen beispielsweise Autonomie, Partizipation und Gesundheit gezählt werden können, werden als von allen Menschen gleichermaßen geteilt sowie als objektiv und nicht substituierbar betrachtet (vgl. Doyal/Gough 1991; Max-Neef 1991; Nussbaum 1992; Di Giulio/Defila 2018). Wie diese Bedürfnisse, etwa durch den Konsum von Gütern und Dienstleistungen, erfüllt werden, ist jedoch, bspw. je nach historischem oder kulturellem

Hintergrund und individuellen Präferenzen, unterschiedlich. Anspruch einer bedürfnisorientierten Nachhaltigkeitstransformation ist daher nicht, global vorzugeben, mit welchen Mitteln Bedürfnisse erfüllt werden sollen. Vielmehr ist das Ziel, den ökologischen und sozialen Rahmen für die Erfüllung von Bedürfnissen aufzuzeigen und den gesellschaftlichen Dialog darüber anzustoßen, damit die Bedürfniserfüllung der einen nicht die der anderen einschränkt, sowohl gegenwärtig als auch zukünftig (vgl. Fuchs u. a. 2021). Gemeinwohl, im Sinne dieses Kapitels, ist also dann erreicht, wenn die strukturellen Bedingungen hergestellt sind, die eine Erfüllung von grundlegenden menschlichen Bedürfnissen und damit ein gutes Leben für alle Menschen ermöglichen.

Um diese Bedingungen herzustellen, und damit Lebensstile zu begünstigen, die es erlauben, möglichst nah am 1,5 °C-Ziel zu bleiben, ist die Transformation bestehender *gesellschaftlicher Strukturen* nötig. Diese Strukturen haben sowohl eine materielle als auch eine ideelle Dimension. Sie umfassen also einerseits die biophysische und gebaute Umwelt, andererseits formelle Regelwerke sowie informelle Institutionen und Systeme wie Normen, Werte, Gewohnheiten und Denkmuster, die die gesellschaftliche Organisation, einschließlich Kultur, Politik und Ökonomie, entscheidend prägen. Der Begriff der *Lebensstile* wiederum nimmt in den Blick, dass Individuen und Haushalte relevante Konsumentscheidungen treffen, diese jedoch durch die Strukturen verschiedener Versorgungssysteme ermöglicht oder eingeschränkt werden. Nachhaltige und klimafreundliche Praktiken, die langfristig zum Erhalt klimatischer und ökologischer Bedingungen beitragen, die ein *gutes Leben für alle* ermöglichen, können also durch eine strukturelle Transformation von Versorgungssystemen gesellschaftlich priorisiert werden. Diesem Ansatz liegt also die Annahme zugrunde, dass eine gesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformation nicht vorrangig auf individuelle Verhaltensänderungen abzielen sollte, sondern auf die strukturellen Rahmenbedingungen, in die das alltägliche Handeln eingebettet ist (vgl. Hirth u. a. 2023).

An diese Perspektive lässt sich der Ansatz der Versorgungssysteme (*provisioning systems*) anschließen. Dieser fokussiert auf menschliches Wohlergehen und die Deckung grundlegender Bedürfnisse innerhalb ökologischer Kapazitäten (vgl. O'Neill u. a. 2018). Dabei wird aufgezeigt, wie miteinander zusammenhängende Elemente innerhalb materieller und ideeller Strukturen Ressourcen so umwandeln, dass sie menschliche Bedürfnisse oder Wünsche erfüllen, bzw. wie sie dieses Ziel verfehlten (vgl. Bärnthaler u. a. 2022; Fanning u. a. 2020; Gough 2019; Schaffartzik u. a. 2021).

Mit Bezug auf den Ansatz der Versorgungssysteme sind deren Privatisierung und Profitorientierung als zentrales Problem und als Hinder-
nis für eine Nachhaltigkeitstransformation herausgestellt worden (vgl.
Fuchs u. a. 2021; O’Neill u. a. 2018; Schaffartzik u. a. 2021). So habe deren
zunehmende marktwirtschaftliche und globalisierte Ausrichtung in den
letzten 50 Jahren dazu geführt, dass das Streben nach Rentabilität und
Profit verstärkt Vorrang vor einer Orientierung an Bedürfnissen hatte.
Die so entstandenen Systeme haben die Tendenz zu einer ineffizienten
Allokation von Gütern, insofern sie menschliche Bedürfnisse nicht hinrei-
chend decken während sie mit einem übermäßigen Ressourcenverbrauch
und negativen Umwelteffekten einhergehen (vgl. Fanning u. a. 2020;
Schaffartzik u. a. 2021). Diese Ineffizienz ist also in zweifacher Hinsicht
problematisch: Auf der einen Seite ist absehbar, dass Versorgungssysteme
an ökologische Grenzen der Produktion stoßen werden, wenn das Ziel
der Gewinnmaximierung unbegrenzt weiterverfolgt wird. Denn dass es
gelingt, ökonomisches Wachstum hinreichend schnell von Treibhausgas-
Emissionen zu entkoppeln, um das 1,5 °C- oder gar 2 °C-Ziel einzuhal-
ten, wie unter dem Paradigma des *Grünen Wachstums* angestrebt, wird
aktuell als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt (vgl. Vogel/Hickel 2023;
Wiedenhofer u. a. 2020). Dass es in rein marktisierten Systemen keine
Untergrenze des Konsums, im Sinne eines garantierten Mindestniveaus
gibt, das sicherstellt, dass grundlegende menschliche Bedürfnisse hin-
reichend gedeckt sind, wirkt sich auf der anderen Seite negativ auf das
gesellschaftliche Wohlergehen aus (vgl. Fuchs u. a. 2021).

In Anbetracht dieser ökologischen und sozialen Grenzen ist es nötig,
konsequent zwischen Bedürfnissen und Wünschen zu differenzieren und
sich insbesondere an grundlegenden Bedürfnissen zu orientieren, die
universal, nicht substituierbar und begrenzt sind (Fanning u. a. 2020;
Fuchs u. a. 2021). Von dieser Unterscheidung ausgehend betonen Stu-
dien, die sich auf den Ansatz der Versorgungssysteme beziehen, nicht
nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit, innerhalb von
oberen und unteren Grenzen des Konsums zu bleiben. Dazu hinter-
fragen sie, wie die Nachfrageseite angetrieben wird und konzentrieren
sich auf effiziente Wege zur Bedürfnisbefriedigung (Bärnthaler/Gough
2023; Brand-Correia/Steinberger 2017). Dabei nehmen sie auch in den
Blick, dass die zugrunde liegenden materiellen und ideellen Strukturen
Ausdruck von Machtverhältnissen sind und durch sie selbst wiederum
Macht ausgeübt wird. Während soziale Normen das Verständnis darü-
ber beeinflussen, welche Bedürfnisse auf welche Weise befriedigt werden

sollten, prägen historische Kontexte sowie vergangene Ereignisse, Politiken und Praktiken materielle Strukturen (vgl. Schaffartzik u. a. 2021). Somit entstehen durch das Zusammenspiel von Normen und die Verteilung von materiellen Ressourcen historisch gewachsene Verhältnisse akkumulierter Macht (vgl. Bayliss/Fine 2021).

Um diesen Kreislauf sich selbst stabilisierender und reproduzierender Strukturen zu durchbrechen und eine tiefgreifende Transformation von Versorgungssystemen zu ermöglichen, ist es also nötig, die ihnen zugrunde liegenden Wirkungszusammenhänge in ihren spezifischen Kontexten zu verändern (vgl. Bärnthaler u. a. 2022). Dies erfordert, nicht nur bestehende Produktionsverhältnisse und nicht-nachhaltige Praktiken oberflächlich zu *ökologisieren*, sondern die dahinter liegenden Muster der Ressourcennutzung und der mit ihnen verbundenen strukturellen Machtverhältnisse, einschließlich dem übergeordneten Ziel der Kapitalakkumulation, infrage zu stellen (vgl. Brand 2016).

Auch wenn die Dringlichkeit und die Prioritäten einer Transformation von Versorgungssystemen hin zu einer Bedürfnisorientierung wissenschaftlich umfassend beschrieben sind, besteht weiterhin die Frage, wie sich ein solcher Wandel praktisch vollziehen kann: Bisher sind transformative Politiken, die strukturelle Machtverhältnisse und das Streben nach ökonomischem Wachstum grundsätzlich infrage stellen würden, weitgehend ausgeblieben (vgl. Douglas 2020; Hausknost 2020). Stattdessen wird die Verantwortung für Nachhaltigkeit individualisiert und entpolitisiert, indem von Einzelnen das Treffen *besserer* Konsumententscheidungen erwartet wird, wodurch allein sich systemisch bedingte Zustände jedoch nicht ändern lassen (vgl. Maniates 2025).

In Anbetracht der Notwendigkeit, Möglichkeiten und Wege zur Umgestaltung von Versorgungssystemen kritisch zu erforschen, konzentriert sich dieser Beitrag auf die Ansichten von Expert*innen und Stakeholdern zu solchen transformativen Veränderungen, insbesondere im Ernährungssystem.

3 Methode

Die empirischen Ergebnisse, die im Weiteren vorgestellt und analysiert werden, sind Teil eines umfassenderen Prozesses aus 1. einer Literaturrecherche, 2. einem Delphi-Verfahren, 3. Expert*innen-Interviews sowie 4. *Stakeholder Thinking Labs* (STLs). Die ersten beiden Schritte führten

zur Identifizierung von 22 Strukturen, die für die Transformation zu 1,5°-Lebensstilen als besonders relevant angesehen werden (vgl. Hirth u. a. 2023). Darauf aufbauend fanden die Schritte 3 und 4 statt, auf die sich dieser Beitrag bezieht. Die Expert*innen-Interviews und STLs wurden in fünf Ländern (Deutschland, Lettland, Spanien, Schweden und Ungarn) sowie im Fall der Interviews auch auf internationaler Ebene durchgeführt.

Insgesamt wurden 36 halbstrukturierte Expert*innen-Interviews durchgeführt, fünf pro Land sowie elf mit internationalen Expert*innen. Die Befragten wurden aufgrund ihres Fachwissens über strukturellen Wandel für eine Nachhaltigkeitstransformation ausgewählt. Dabei waren etwa zwei Drittel sozial- oder naturwissenschaftliche Akademiker*innen, während das andere Drittel an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik praktisch tätig war, etwa bei auf Nachhaltigkeit und fairen Handel fokussierten Think Tanks, Beratungsunternehmen oder Nicht-regierungsorganisationen. In den Interviews wurden die Expert*innen gebeten, aus den vorab identifizierten 22 Strukturen diejenigen zu benennen, die sie für eine Transformation hin zu 1,5°-Lebensstilen und entsprechenden Versorgungssystemen als besonders ermöglicht oder behindernd einschätzen sowie Wege zu deren Stärkung bzw. Überwindung aufzuzeigen.

Darauf aufbauend war das Ziel der STLs, zu beleuchten, wie sich die benannten Schlüsselstrukturen konkret in Versorgungssystemen auswirken, und zu erkunden, wie Schritte zu ihrer Überwindung aussehen könnten. Dafür nahmen in jedem der fünf Länder 20–25 Teilnehmende aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Medien am experimentellen Workshop-Format der *Thinking Labs* teil. Dieses Format zielt darauf ab, vielfältige lokale Interessengruppen zusammenzubringen, um gemeinsam Lösungen für lokale Herausforderungen einer Nachhaltigkeitstransformation zu erarbeiten und so den ko-creativen Gewinn von Erkenntnissen zu fördern (vgl. Vadovics u. a. 2024). Um den Stakeholdern die Vorstellung eines transformativen Wandels zu erleichtern, wurde die Methode des Backcasting eingesetzt, die ausgehend von einer wünschenswerten Zukunft Schritte zu deren Verwirklichung aufzeigt (vgl. Köves u. a. 2013). Bei der Auseinandersetzung mit einem im Rahmen der Forschung entstandenen Lernspiel, dem Klimapuzzle, sowie einem wissenschaftlich fundierten imaginären Spaziergang durch eine 1,5°-kompatible Zukunft lag der Schwerpunkt insbesondere auf einer veränderten Versorgung in den Bereichen Ernährung, Wohnen,

Mobilität und Freizeit, etwa durch einen reduzierten Fleischkonsum und einen verbesserten öffentlichen Verkehr. Daran anknüpfend wurden die Teilnehmenden in vier Arbeitsgruppen für diese Bereiche aufgeteilt und gebeten, Wege zur Überwindung der strukturellen Hürden in ihrem Versorgungssystem zu diskutieren.

4 Ergebnisse

Die Auswertung der Expert*innen-Interviews führte zu einer Liste von sieben Schlüsselstrukturen, die als besonders relevant für die Ermöglichung von 1,5°-Lebensstilen benannt wurden. Diese Liste wurde abgeleitet aus der Anzahl der Expert*innen, die die jeweilige Struktur als am wirkungsvollsten eingestuft hatten. Das Wachstumsparadigma (Struktur 1) wurde am häufigsten von insgesamt 23 Befragten ausgewählt, die übrigen Strukturen wie das Fehlen kohärenter und integrierter politischer Maßnahmen (Struktur 2), der Einfluss nicht-nachhaltiger Partikularinteressen (Struktur 3), finanzielle Anreize und Kosteninternalisierung (Struktur 4), Narrative über gesellschaftliches Wohlergehen und ein gutes Leben (Struktur 5), die Überwindung von Ungleichheiten in der Ressourcennutzung (Struktur 6) sowie Bildung für nachhaltige Lebensstile (Struktur 7) wurden von elf bis dreizehn Personen gewählt. Auffällig ist, dass die Expert*innen damit auf Strukturen verwiesen, die gesellschaftlich besonders tief verankert sind: Diese stellen zwar einerseits besonders große Hebel für die Erreichung der Klima- und Nachhaltigkeitsziele dar, andererseits ist ihre Veränderung besonders herausfordernd, da sie die gesellschaftliche und ökonomische Ordnung wesentlich prägen und mit Machtbeziehungen verwoben sind (Hirth u. a. 2023).

Ausgehend von den identifizierten Schlüsselstrukturen für eine Nachhaltigkeitstransformation setzten sich die Stakeholder mit deren Materialisierung in unterschiedlichen Versorgungssystemen auseinander und erörterten Möglichkeiten zur Überwindung der Hürden bzw. zur Stärkung der förderlichen strukturellen Bedingungen. In Bezug auf das Ernährungssystem schlugen die Stakeholder insgesamt 138 Maßnahmen vor, die sie den Schlüsselstrukturen zuordneten.

4.1 Die sieben Schlüsselstrukturen und ihre Ausprägung im Ernährungssystem

Als wirksamstes Hindernis für eine Ermöglichung nachhaltiger Lebensstile haben die Expert*innen *das (ökonomische) Wachstumsparadigma* hervor, insbesondere wegen seiner Verknüpfung mit anderen Strukturen. Das Wachstumsparadigma habe eine tiefgreifende strukturelle Wirkung, da es mit einem mächtigen Narrativ von Fortschritt und gesellschaftlichem Wohlergehen verbunden sei und als Handlungs- und Entscheidungsmaxime tief in sozio-ökonomischen Systemen verankert sei. Dadurch bewege es ökonomische, politische und soziale Akteure wie auch Individuen dazu, durch ihr Handeln zu Wachstum beizutragen, selbst scheinbar alternative Akteure. Dies äußere sich insbesondere im Glauben an die positive Wirkmacht und Fähigkeit zur Selbstregulierung von marktbasierteren Systemen und dessen immensen Einfluss auf die Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik. Entsprechend wirke sich das Wachstumsparadigma auf globale Beziehungen aus und führe dazu, dass das Ziel gesellschaftlichen Wohlergehens der Gewinnorientierung untergeordnet werde. Eine Abkehr vom Ziel des Wirtschaftswachstums würde daher eine grundlegende Veränderung der globalen gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung bedeuten.

Im Ernährungssystem sahen die Stakeholder diese Struktur in der Profit- und Wachstumsorientierung der Lebensmittelindustrie sowie in einem Mangel an Ressourceneffizienz und einer mangelnden Ausrichtung auf die Deckung von Bedürfnissen widergespiegelt. Um dies zu verändern, schlugen sie eine Verkürzung von Lieferketten vor sowie die Förderung einer lokalen Lebensmittelversorgung und kleiner Betriebe, insbesondere in der Tierhaltung. Zudem wurde eine Schließung von Ressourcenkreisläufen und ein Übergang zu einem zirkulären Ernährungssystem gefordert, einschließlich einer Reduzierung von Lebensmittelabfällen, etwa durch nationale Maßnahmen für ein ausgewogenes Verhältnis von Produktion und Konsum sowie durch die Rettung und Weiterverteilung von Lebensmitteln.

Dass dem Wachstumsparadigma in politischen Zielen und Regierungshandeln gegenwärtig Vorrang eingeräumt wird, wurde auch in Hinblick auf die *Herstellung politischer Kohärenz* sowie die *Schaffung wirtschaftlicher Anreize und die Internalisierung von Umweltkosten* von den Expert*innen als behindernd eingestuft. Diese bildeten jedoch die regulatorische Grundlage und Anreizstruktur für eine Transformation

und schafften dabei auch auf kollektiver Ebene Motivation und Akzeptanz für Veränderungen.

Im Ernährungssystem äußere sich dies zum einen als unzureichende Berücksichtigung von Umweltauswirkungen in politischen Maßnahmen, zum anderen als Externalisierung von Umweltkosten in der Lebensmittelproduktion. Um politische Kohärenz für eine Nachhaltigkeitstransformation zu erreichen, braucht es daher Maßnahmen, die gesamtheitlich auf die Reduzierung von tierischen Produkten, auf den Wandel zu einer ökologischen Lebensmittelerzeugung und ein nachhaltiges Landmanagement abzielen. Dies könnte etwa durch ambitioniertere politische Ziele für den Anteil der ökologischen Landwirtschaft, eine Flächenbindung in der Tierhaltung und Vorgaben für die Förderung biodiverser Ökosysteme umgesetzt werden. Förderlich sei auch eine Integration von Nachhaltigkeitszielen in der öffentlichen Beschaffung. Ebenso solle es Verbote bestimmter Formen der Werbung oder umweltschädlicher Praktiken, wie den Einsatz von Kunstdünger, bestimmter Pestizide oder die Einfuhr von Lebensmitteln per Flugzeug geben. Zudem müsste eine stärkere Beteiligung an Entscheidungsprozessen stattfinden, bspw. durch lokale Bürger*innen-Räte.

Um Umweltkosten zu internalisieren, braucht es finanzielle Instrumente, die eine ausreichende Lenkungswirkung entfalten. Dafür müssten Subventionen und steuerliche Anreize entlang ökologischer Kriterien neu geordnet werden. Konkret könnte dies die Abschaffung umweltschädlicher landwirtschaftlicher Subventionen und die Einführung starker steuerlicher Instrumente zur Verhinderung von Bodenspekulation ebenso beinhalten wie eine steuerliche Besserstellung kleiner und lokaler Produzent*innen für eine ökologische Umstrukturierung der Produktion sowie eine Subventionierung pflanzenbasierter Lebensmittel, etwa durch eine Mehrwertsteuer-Reduzierung. Im Fall von importierten Lebensmitteln sollten Instrumente zur Sichtbarmachung ihrer ökologischen Kosten konzipiert sowie Freihandelsabkommen reformiert werden, um globale Gerechtigkeit herzustellen. Zudem wurde angeregt, Landwirt*innen Versicherungen für den Prozess der Umstellung auf nachhaltige Praktiken anzubieten.

Als weitere wesentliche Hürde schätzten die Expert*innen den machtvollen *Einfluss von (ökonomischen) Partikularinteressen* im politischen Prozess ein. Dabei unterschieden sie zwischen zwei Arten von Partikularinteressen, die im nicht-nachhaltigen Status Quo verhaftet sind. Zum einen betonten sie, wie Kapital gehwahrt werden soll, das in Form

nicht-nachhaltiger Technologien und Güter in Versorgungssystemen investiert wurde, und auf damit zusammenhängende Verflechtungen zwischen Industrie und Politik. Die Berücksichtigung dieser Interessen würde dabei den Veränderungsdruck, der von einigen umweltbewussten Unternehmen, Politiker*innen und Teilen der Öffentlichkeit ausgingen, überwiegen. Zum anderen hat nach Einschätzung der Expert*innen auch die Öffentlichkeit ein Interesse an der Wahrung nicht-nachhaltiger Zustände. Dies liege an der strukturellen Angewiesenheit auf Praktiken, Güter und Dienstleistungen, die durch fossile Brennstoffe ermöglicht werden, und den damit verbundenen Besitz von Haushalten. Ein weiteres Interesse gegen Veränderungen entstehe zudem aus der Abhängigkeit zahlreicher Arbeitsplätze von bestehenden, nicht-nachhaltigen Geschäftsmodellen.

Die Stakeholder sahen diese Struktur vor allem im Einfluss großer Agrar- und Chemiekonzerne auf die Politikgestaltung und der Verhinderung alternativer Ansätze, wie gemeinschaftsgetragener Formen der Landwirtschaft, materialisiert. Um dies zu verändern, forderten sie Maßnahmen, die eine Trennung ökonomischer, insbesondere agrarindustrieller, und politischer Interessen sicherstellen und die Transparenz über die Kommunikation zwischen staatlichen und ökonomischen Akteuren herstellen. Dazu bedürfe es auch der Stärkung von Akteuren, die sich für diese Transparenz einsetzen, bspw. von Journalist*innen, die nicht-nachhaltiges Lobbying offenlegen. Zudem sollten verstärkt anderes Wissen und andere Interessen in politische Entscheidungsprozesse integriert werden, etwa durch Expert*innen, demokratische Bürger*innenräte und „Umwelt-Lobbyisten“, die sich für nachhaltige Ernährungssysteme und eine kleinbäuerliche Landwirtschaft einsetzen. Darüber hinaus wurden anknüpfend an Maßnahmen zur Internalisierung von Umweltkosten auch finanzielle und steuerliche Instrumente gefordert, die gegenwärtig marginalisierte Akteure gegenüber machtvollen Akteuren stärken sollen.

Die Expert*innen betonten zudem, dass die *Stärkung alternativer Narrative* nötig sei, da die vorherrschenden Vorstellungen eines guten Lebens insbesondere durch das Wachstumsparadigma geprägt seien und die damit verbundenen Indikatoren andere Strukturen verstärken. Für das Mainstreaming eines nachhaltigen Bewusstseins sei daher auch die Verwendung robuster Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt erforderlich. Dass ein hohes Maß an Konsum und das Narrativ eines *je größer, desto besser* als erstrebenswert und notwendig für ein gutes Leben gelten würden, sei ein zentrales Hindernis. Dies hinge auch mit historischen

Erfahrungen von Armut und Unsicherheit zusammen, die alternative Narrative eines guten Lebens nicht ignorieren sollten. Diese Struktur verdeutlichte, dass ein umfassender kultureller und psychosozialer Wandel notwendig sei und ein alleiniger Fokus auf technische Lösungen an seine Grenzen stoße. Dafür brauche es gesellschaftliche Aushandlungen über ein umfassenderes Konzept eines guten Lebens.

Die Stakeholder sahen Narrative und Normen von nicht-nachhaltigem Lebensmittelkonsum insbesondere durch Werbung gesetzt. Daher bedürfe es neben einem Verbot bestimmter Formen von Werbung insbesondere der Förderung und Verbreitung einer Vision von 1,5°-kompatiblen Ernährungssystemen. Berichte über und die Beteiligung an Praxisbeispielen, wie Formen städtischer oder gemeinschaftsgetragener Landwirtschaft, könnten eine solche Vision greifbar machen. Gleichzeitig müsse sich die mehrheitliche Wahrnehmung und Darstellung von Ernährung und Landwirtschaft ändern und dadurch insbesondere die Akzeptanz pflanzenbasierter Ernährung gefördert werden. Hierzu wurde auch vorgeschlagen, mit Influencern zusammenzuarbeiten, um alternative Erzählungen über Ernährung und Landwirtschaft aktiv zu verbreiten und zu fördern.

Die *Überwindung von Ungleichheit* wird von den Expert*innen als weitere wesentliche Struktur zur Ermöglichung nachhaltiger Lebensstile eingestuft. Da Ungleichheit insbesondere mit dem Wachstumsparadigma, dem Einfluss von Partikularinteressen und Narrativen eines guten Lebens eng zusammenhinge und diese Strukturen verstärke, stelle sie ein grundlegendes Problem dar, das alle Versorgungssysteme betreffe. In Systemen, in denen starke Ungleichheit bestehe, könnten Akteure, die Macht in Form von finanziellen oder materiellen Ressourcen, Wissen und Zugang zur Politik besitzen und typischerweise vom Status Quo profitieren, ihre Interessen durchsetzen. Ungleichheit schränke damit andere Akteure in ihren Handlungsmöglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen, ein. Dies betreffe insbesondere diejenigen, die am wenigsten Macht haben und am stärksten vom Klimawandel betroffen sind: Von Gruppen, die sich etwa beim Kauf von Lebensmitteln finanziell einschränken müssten, könne nicht erwartet werden, dass sie sich für Klimaschutz einsetzen. Gleichzeitig wiesen die Expert*innen darauf hin, dass Ungleichheit populistisch instrumentalisiert werde, um Veränderungen, wie Klimaschutzmaßnahmen, zu verzögern und zu verhindern. Daher erforderne die Bewältigung der Umweltkrisen inhärent eine Auseinandersetzung mit Ungleichheiten, um eine gerechte Transformation zu ermöglichen.

Um Ungleichheiten im Hinblick auf die Versorgung mit Lebensmitteln zu beheben, müsse laut Stakeholdern ein bedachter und effizienterer Einsatz von Ressourcen erfolgen, um sicherzustellen, dass alle ihre Ernährungsbedürfnisse decken können. Hierzu könnte eine universelle Grundversorgung (*universal basic service*) mit Lebensmitteln erfolgen, aber auch ein bedingungsloses Grundeinkommen wurde vorgeschlagen. Auf der Produktionsseite wurden Maßnahmen gefordert, die ökologischen kleinbäuerlichen Produzent*innen helfen könnten, in der Konkurrenz mit großen agrarindustriellen Akteuren zu bestehen. Darüber hinaus brauche es Maßnahmen gegen die Spekulation mit Boden und Lebensmitteln.

Die *Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten für nachhaltige Lebensstile* und entsprechende Veränderungen in der bestehenden Bildungspolitik sahen die Expert*innen als weiteren Hebel zur Förderung eines umfassenden gesellschaftlichen Wandels. Da das Bildungssystem gegenwärtig vorrangig auf die Ausbildung von Arbeitskräften ausgerichtet sei, vermittele es eher Wissen und Fähigkeiten, die auf ökonomisches Wachstum als auf Nachhaltigkeit abzielten. Die Expert*innen hoben die Rolle von Bildungseinrichtungen bei der Förderung von kollektivem Wissen hervor, das die kritische Reflexion des eigenen Handelns und der Gesellschaft ermögliche und damit eine entscheidende Voraussetzung für strukturellen Wandel darstelle. Der Vermittlung von Wissen in Schulen wurde daher eine höhere Effektivität zugeschrieben als öffentlichen Informationskampagnen. Darüber hinaus hoben die Expert*innen die Bedeutung der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft hervor, wobei sie sich bspw. auf Beiträge des *Intergovernmental Panel on Climate Change* bezogen. Um diese Kommunikation zu fördern, solle es eine *Kommunikationsoffensive* geben, die die ökonomisch bedingte Umweltzerstörung und ihren Zusammenhang mit lokalen und globalen Ungleichheiten hervorhebe.

Die Stakeholder wiesen in Bezug auf diese Struktur vor allem auf eine mangelnde Bildung zu nachhaltigem Lebensmittelkonsum hin, weswegen solches Wissen in Bildungsinstitutionen integriert werden sollte. Einen besonderen Fokus legten sie dabei auf die Verbindung von ökologischer Nachhaltigkeit und Gesundheitsbildung sowie auf die Erfahrbarmachung durch schulische bzw. öffentliche Gärten und ein nachhaltiges Verpflegungsangebot. Auch praktische Fähigkeiten, wie die Haltbarmachung von Lebensmitteln, sollten wieder mehr vermittelt werden. Zudem sollten Events und öffentliche Informationskampagnen organisiert werden, um eine nachhaltige Lebensmittelwahl zu bewerben.

5 Diskussion

Die Ergebnisse der Expert*innen-Interviews und der STLs unterstreichen insbesondere die Notwendigkeit, Veränderungsprozesse aus einer systemischen Perspektive zu betrachten. Beide Gruppen waren sich über die Zusammenhänge der strukturellen Hindernisse für eine 1,5°-orientierte Transformation von Versorgungssystemen und ihre sich gegenseitig stabilisierende Wirkung bewusst. Sie zeigten dabei auch das Zusammenspiel von materiellen und ideellen Dimensionen der Strukturen auf, etwa im Fall des Wachstumsparadigmas. Veränderungen diskutierten sie daher meist in Bezug auf mehrere oder alle sieben Strukturen zusammen und wiesen darauf hin, dass solche gleichzeitigen Veränderungen umfassende Auswirkungen hätten: Diese würden soziale Beziehungen, Eigentumsverhältnisse und politische Prioritäten grundlegend verändern und Statuskonkurrenz, Profitstreben und Kapitalakkumulation entgegenwirken. Dadurch würden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht nur bestehende Praktiken und Strukturen des Ernährungssystem oberflächlich *ökologisieren*, sondern auf die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen und ökonomischen Wirkungszusammenhänge abzielen (vgl. Brand 2016; Bärnthal er u. a. 2022).

Vor dem Hintergrund dieser systemischen Perspektive waren sich die Befragten jedoch auch weitestgehend einig, dass die Umsetzung eines tiefgreifenden strukturellen Wandels hin zu einer Bedürfnisorientierung von Versorgungssystemen herausfordernd ist. Dennoch benannten sie eine Vielzahl konkreter Maßnahmen. Dabei nahmen sie insbesondere kleinere aufeinander aufbauende Schritte in den Blick, um einen tiefgreifenden und umfassenden Wandel durch das Schaffen bzw. Ausnutzen von Lücken in bestehenden Strukturen herbeizuführen. Sie gingen dabei davon aus, dass die von ihnen benannten Maßnahmen, die die Bedeutung des Wachstumsparadigmas verringern sowie alternative Strukturen der Versorgung schaffen würden, materielle und ideelle Gegenmacht zu bestehenden Logiken und mächtigen Partikularinteressen in Versorgungssystemen aufbauen könnten. So könnten etwa zahlreiche der von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen, wie Lobby-Transparenz, die politische Regulierung von Produktionsstandards basierend auf ökologischen und sozialen Aspekten oder die Deprivilegierung von Werbeaktivitäten, dazu beitragen, die Macht von ökonomischen Akteuren in politischen Prozessen zu verringern und so deren Ausrichtung auf eine ganzheitlichere Nachhaltigkeitsagenda zu fördern (vgl. Fuchs/Dolinga 2022).

In Hinblick auf die Organisation von Versorgungssystemen betonten sowohl Expert*innen als auch Stakeholder, wie das Zusammenspiel der identifizierten Strukturen gegenwärtig den Trend zur Kommodifizierung und Privatisierung stabilisiert und fortsetzt (vgl. Fanning u. a. 2020; Schaffartzik u. a. 2021). Im Ernährungssystem äußert sich dies beispielsweise darin, dass die Produktion von Lebensmitteln, insbesondere im Fall der Fleischproduktion, über ein ökologisch verträgliches Maß hinausgeht, während gleichzeitig der Zugang zu einer hochwertigen Ernährung zunehmend eingeschränkt ist (vgl. Kendall u. a. 2024). Als Alternative dazu bestand ein gemeinsamer Nenner der Stakeholder daher darin, Wege zu finden, um die Deckung von Bedürfnissen durch eine ganzheitlich effizientere Nutzung von Ressourcen zu ermöglichen. Dabei fanden gemeinschaftsgetragene und öffentliche Formen der Versorgung besondere Beachtung. Diese Formen spielen auch in theoretischen Überlegungen zu einer nachhaltigen Organisation von Versorgungssystemen eine besondere Rolle, da sie einen Gegenpol zur Privatisierung und ungleich ausgestalteten Machtverhältnissen bilden könnten (vgl. Schaffartzik u. a. 2021). Die dazu vorgeschlagenen Maßnahmen umfassten die ganze Bandbreite regulativer Werkzeuge. Auffällig und bemerkenswert ist dabei, dass vielfach starke politische Maßnahmen gefordert wurden, um nicht-nachhaltige Formen von Produktion und Konsum zu verhindern, wie Zucker- und Werbeverbote, sowie, dass die Bereitschaft bestand, dabei auch Grenzen des Konsums in Betracht zu ziehen.

Sowohl in den Expert*innen-Interviews als auch in den STLs wird die Verantwortung dafür überwiegend staatlichen Institutionen zugewiesen. Die meisten der vorgeschlagenen Maßnahmen erfordern explizit das Handeln von Staaten, Kommunen oder anderer staatlicher Institutionen, sei es zur Begrenzung der Macht agrarindustrieller Interessen oder einer starken Governance in Form von wirksamen Steuern und Verboten. Diese Perspektive deckt sich mit der Literatur, die staatliches Handeln als erforderlich für eine Transformation des Ernährungssystems erachtet, um einerseits mächtige Akteure der Lebensmittelindustrie zu entmachten, andererseits kleinere innovative Akteure zu unterstützen und ihr Handeln in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken (vgl. Béné 2022). Internationale Organisationen sollten dabei gleichzeitig die globale Koordination fördern, Normen durchsetzen und Regierungen für ein Handeln in Richtung einer umfassenden Transformation zur Verantwortung ziehen. Ein solches regulierendes Handeln würde dabei auch die Voraussetzung bilden, um anderen Akteuren die Übernahme von

Verantwortung zu ermöglichen. So könnten beispielsweise alternative Strukturen der Versorgung geschaffen und gefördert werden, durch die der Konsum nachhaltig produzierter Lebensmittel auch für soziale Gruppen, die über weniger ökonomische und zeitliche Ressourcen verfügen, zugänglich wird.

Doch gleichzeitig verbleiben aus den Expert*innen-Interviews und den STLs Zweifel, dass notwendige Schritte tatsächlich umgesetzt werden. Denn auch diese (über-)staatlichen Institutionen sind mit nicht-nachhaltigen ökonomischen Interessen verwickelt, wodurch die Umsetzung transformativer Politiken bisher verhindert wurde (vgl. Hausknost 2020). Nicht nur die von den Stakeholdern vorgeschlagenen regulierenden Maßnahmen, insbesondere Verbote und Steuern, sind abhängig von der Bereitschaft von Regierungen, die Rolle eines aktiven Staates einzunehmen. In den Interviews betonten die Expert*innen insbesondere die Notwendigkeit, den Wohlfahrtsstaat und staatliche Institutionen zu verändern. In der Literatur wird in diesem Sinne diskutiert, dass Ansätze und Schritte zu einer effektiven Umgestaltung von Versorgungssystemen zunächst eine Umgestaltung des Staates erfordern, um die staatlichen Interessen an Arbeitsplätzen, Wachstum und Staatseinnahmen, etwa aus der Fleischindustrie, sowie die Einflussnahme ökonomischer Interessen auf politische Prozesse, etwa durch *Big Food*, zu überwinden (vgl. Béné 2022).

Als ein wichtiges Element eines Wandels haben die Befragten entsprechend die Repolitisierung von Umweltkrisen durch soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft hervor: Starke Bottom-up-Bewegungen könnten die Politik zu regulierendem Handeln zwingen, der Gesellschaft Alternativen aufzuzeigen sowie Diskurse und Möglichkeitsräume verschieben. Eine erkennbare Formierung eines gesellschaftlichen politischen Willens sei nicht nur wesentlich für politische Veränderungen, sondern auch für einen umfassenden Bewusstseinswandel. Darüber hinaus sprachen sie sich für eine Stärkung demokratischer Prinzipien wie Beteiligung und Vertrauen und entsprechend eine Förderung von partizipativen Formen der Entscheidungsfindung, etwa in Form von lokalen Bürger*innenräten, als Mittel für eine Nachhaltigkeitstransformation aus. Eine solche Stärkung demokratischer Prinzipien und konkreter Beteiligungsformate ist umso mehr erforderlich, als dass eine Bedürfnisorientierung die Aushandlung über angemessene Wege zur Erfüllung von Bedürfnissen im Rahmen ökologischer und sozialer Grenzen erfordert (vgl. Fuchs u. a. 2021).

Fragen nach einer Demokratisierung von Versorgungssystemen und der Aushandlung darüber, wie diese ausgestaltet sein sollten, hängen damit auch untrennbar mit Verständnissen von individuellem und kollektivem Wohlergehen zusammen. Die Befragten sprachen in vielen Fällen Strategien an, um vorherrschenden kulturellen Normen, Narrativen über Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion und Ernährung sowie der Wahrnehmung von 1,5°-Lebensstilen als Randgruppen-Phänomen entgegenzuwirken, z. B. auch durch Kampagnen in den sozialen Medien. Dabei stellt sich jedoch die grundlegende Frage, von wem neue Narrative entwickelt und verbreitet werden sollten und wessen Interessen sich darin spiegeln. Aushandlungsräume sollten sich also in Hinblick auf die Frage nach Wegen für eine angemessene Erfüllung von Bedürfnissen im Rahmen ökologischer und sozialer Grenzen explizit auch der gemeinschaftlichen Entwicklung von Verständnissen von Wohlergehen und einem guten Leben widmen.

Insgesamt schränkten die Befragten jedoch ihre Hoffnung, einen umfassenden Wandel von unten zu erreichen, ein, da sie Skepsis gegenüber der Geschwindigkeit und dem Ausmaß der so ausgelösten Veränderungen hegten. Dies wurde verstärkt durch die Beobachtung, dass gegenwärtige soziale Bewegungen, die auf nachhaltige Lebensstile abzielen, bisher keine durchschlagenden Erfolge erzielt hätten. Die wesentliche Herausforderung für die Expert*innen und Stakeholder bestand also darin, dass sie zahlreiche Ideen für konkrete Maßnahmen zur Transformation hatten, aber gleichzeitig die tiefgreifenden strukturellen Hindernisse für die Umsetzung dieser Maßnahmen und das in ihnen liegende Veränderungspotenzial erkannten.

Die Auflösung dieses Widerspruchs wird auch in der Literatur als zentrale Herausforderung diskutiert. Vorgeschlagene Maßnahmen und Strategien, wie die Entwicklung gemeinsamer Kernbotschaften, der Aufbau breiter Koalitionen mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften oder eine verstärkte und verbesserte Wissenschaftskommunikation, finden sich seit längerem auch in akademischen Debatten über eine Nachhaltigkeitstransformation (vgl. z. B. Brand 2016; Gough 2019; Kreinin 2021; O'Neill u. a. 2018). Gleichzeitig haben inkrementelle Veränderungen und auch Bemühungen von sozialen Bewegungen bisher nicht dazu geführt, dass die tiefgreifenden strukturellen Hindernisse für eine Nachhaltigkeitstransformation überwunden wurden. Vielmehr ließe sich einwenden, dass die historisch erfolgreichsten sozialen Bewegungen mit ihren Forderungen in kapitalistischen Wachstumsökonomien

aufgegangen seien. Entsprechend wird die Verfolgung von Maßnahmen, die nicht per se die Substanz tiefer Strukturen adressieren, als nicht effektiv genug eingestuft, um einen umfassenden Wandel zu ermöglichen (vgl. Hirth u. a. 2023). Trotzdem stellt sich die Frage, ob sie in ihrer Vielzahl nicht dennoch dazu beitragen können, Möglichkeitsfenster für die Umgestaltung bestehender Machtstrukturen weiter zu öffnen und durch den Aufbau konkreter Alternativen Ansatzpunkte für weitere Veränderungen zu bieten. Inwiefern das Zusammenwirken solcher symbiotischen und interstitiellen Strategien (vgl. Wright 2010) zu einem tiefgreifenden Wandel statt zu einer Vereinnahmung und Stabilisierung der bestehenden Strukturen führen kann, gilt es weiter zu erforschen.

6 Fazit

Die Erhaltung und Regeneration globaler ökologischer Gemeingüter, der Abbau von Ungleichheiten und damit die Ermöglichung eines guten Lebens für alle sollten für eine globale Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlagenda an oberster Stelle stehen. Trotz der immer größeren Dringlichkeit, die von den globalen ökologischen Krisen und den mit ihnen verbundenen sozialen Missstände ausgeht, stößt die Verfolgung dieser Ziele auf vielfältige Widerstände. Insbesondere im Ernährungssystem stehen gegenwärtig alle Trends diesen Zielen entgegen, sei es im Hinblick auf die Versorgung mit einer angemessenen Ernährung oder die ökologisch tragfähige Erzeugung von Lebensmitteln.

Um in diesem Kontext Möglichkeiten zur Veränderung auszuloten, wurde in diesem Beitrag der Fokus auf die systemischen Zusammenhänge der (Nicht-)Nachhaltigkeit gelegt. Basierend auf Expert*innen-Interviews und *Stakeholder Thinking Labs* in fünf EU-Ländern wurden Maßnahmen zur Gestaltung von kollektiven und bedürfnisorientierten Versorgungssystemen, insbesondere dem Ernährungssystem, sowie die strukturellen Hürden, die deren Umsetzung und damit der Ermöglichung von 1,5°-Lebensstilen im Weg stehen, betrachtet. Die von den Expert*innen identifizierten Hindernisse umfassten das (ökonomische) Wachstumsparadigma, inkohärente Politiken, die Macht von (ökonomischen) Partikularinteressen, die Externalisierung ökologischer Kosten, bestehende Narrative eines guten Lebens, Ungleichheiten und eine mangelnde Integration von Nachhaltigkeit in Bildungs- und Wissenssystemen.

In den vorgeschlagenen Maßnahmen der Stakeholder findet sich eine wesentliche Gemeinsamkeit im Bestreben, gleichzeitig individuelles und kollektives Wohlergehen herzustellen und den Einsatz von Ressourcen dabei in einem ganzheitlichen Sinne effizienter zu gestalten. Als herausfordernd dafür beschrieben sie insbesondere die politische Governance einer Nachhaltigkeitstransformation im Ernährungssystem, die durch Machtasymmetrien und damit ungleiche Möglichkeiten zur Beteiligung an deren Gestaltung geprägt ist.

Der systemische Zusammenhang zwischen dem Streben nach ökonomischem Wachstum, dem Einfluss von im Status quo verhafteten Partikularinteressen, die an der Wahrung ihrer machtvollen Position interessiert sind, sowie der globalen Ungleichheit stellt daher für die Verwirklichung globalen Gemeinwohls die größte politische Herausforderung dar. Politiken einer globalen Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlagenda müssen sich daher insbesondere diesem Zusammenhang widmen und Maßnahmen entwickeln, die langfristig auf die Herstellung gesellschaftlichen Wohlergehens unabhängig von ökonomischem Wachstum und die Stärkung demokratischer Prinzipien und Prozesse auf unterschiedlichen Ebenen der Governance ausgerichtet sind. In diesem Sinne braucht es gemeinschaftliche politische Lösungen zur Gestaltung von kollektiven und bedürfnisorientierten Versorgungssystemen, die von einer breiten Koalition von Akteuren getragen und vorangetrieben werden. Neben einer materiellen Dimension muss sich eine globale Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlagenda dabei auch einer ideellen Dimension von Gemeinwohl widmen und berücksichtigen, wie Vorstellungen eines guten Lebens mit Vorstellungen über die Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft verwoben sind.

Insgesamt besteht weiterer Forschungsbedarf zur Umsetzung solcher weitreichenden Maßnahmen, die den bestehenden Strukturen diametral entgegenstehen. Insbesondere in lokalen Kontexten könnte die weitere Forschung Möglichkeiten zur Entwicklung kollektiver bedürfnisorientierter Versorgungssysteme und Maßnahmen zur Verwirklichung von Gemeinwohl aufzeigen. Denn globales Gemeinwohl als Ermöglichung eines guten Lebens für alle bedeutet die Erfüllung universeller menschlicher Bedürfnisse, die jedoch in jedem lokalen Kontext spezifisch ist, und daher andere politische Maßnahmen erfordert.

Danksagung

Dieser Beitrag basiert auf Forschung des EU 1,5° Lifestyles Projektes, das durch das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizon 2020 der Europäischen Union finanziert wird. Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieses Beitrags liegt bei den Autorinnen. Wir danken dem EU 1,5° Lifestyles Konsortium und seinem Beirat für ihr Fachwissen, ihre Ideen und ihre Beiträge zum Projekt.

Literaturverzeichnis

- Bärnthalter, Richard; Gough, Ian** (2023): Provisioning for sufficiency: envisaging production corridors. In: SSPP 19 (1), 2218690. <https://www.doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690>.
- Bärnthalter, Richard; Haderer, Margarete; Novy, Andreas; Schneider, Colleen** (2022): Shaping Provisioning Systems for an Eco-social Transformation. Wien: International Karl Polanyi Society.
- Bayliss, Kate; Fine, Ben** (2021): A Guide to the Systems of Provision Approach. Cham: Springer.
- Béné, Christophe** (2022): Why the Great Food Transformation may not happen. In: World Development 154, 105881. <https://www.doi.org/10.1016/j.worlddev.2022.105881>.
- Blühdorn, Ingolfur** (2023): Recreational experientialism at 'the abyss'. In: SSPP 19 (1), 2155439. <https://www.doi.org/10.1080/15487733.2022.2155439>.
- Brand, Ulrich** (2016): How to Get Out of the Multiple Crisis? Contours of a Critical Theory of Social-Ecological Transformation. In: Environmental Values 25 (5), 503–525. <https://www.doi.org/10.3197/096327116X1470385759017>.
- Brand, Ulrich; Wissen, Markus** (2017): Imperiale Lebensweise. München: oekom.
- Brand-Correa, Lina I.; Steinberger, Julia K.** (2017): A Framework for Decoupling Human Need Satisfaction From Energy Use. In: Ecological Economics 141, 43–52. <https://www.doi.org/10.1016/j.ecolecon.2017.05.019>.
- Campbell, Bruce M.; Beare, Douglas J.; Bennett, Elena M.; Hall-Spencer, Jason M.; Ingram, John S. I.; Jaramillo, Fernando; Ortiz, Rodomiro; Ramankutty, Navin; Sayer, Jeffrey A.; Shindell, Drew** (2017): Agriculture production as a major driver of the Earth system exceeding planetary boundaries. In: Ecology and Society 22 (4), art8. <https://www.doi.org/10.5751/ES-09595-220408>.
- Di Giulio, Antonietta; Defila, Rico** (2020): The 'good life' and Protected Needs. In Kalfagianni, Agni; Fuchs, Doris; Hayden, Anders (Hg.): The Routledge Handbook of Global Sustainability Governance. London: Routledge, 100–114.
- Douglas, Richard McNeill** (2020): The 'glass ceiling' of the environmental state and the social denial of mortality. In: Environmental Politics 29 (1), 58–75. <https://www.doi.org/10.1080/09644016.2019.1685218>.

- Doyal, Len; Gough, Ian** (1991): A Theory of Human Need. London: Macmillan.
- Fanning, Andrew L.; O'Neill, Daniel W.; Büchs, Milena** (2020): Provisioning systems for a good life within planetary boundaries. In: *Global Environmental Change* 64, 102135. <https://www.doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102135>.
- Fuchs, Doris; Di Giulio, Antonietta; Glaab, Katharina; Lorek, Sylvia; Maniates, Michael; Princen, Thomas; Röpke, Inge** (2016): Power: the missing element in sustainable consumption and absolute reductions research and action. In: *Journal of Cleaner Production* 132, 298–307. <https://www.doi.org/10.1016/j.jclepro.2015.02.006>.
- Fuchs, Doris; Dolinga, Sophie** (2022): Corporate Power and the Shaping of Sustainability Governance. In: *The Routledge Handbook of Democracy and Sustainability*. London New York: Routledge, 222–236. <https://www.doi.org/10.4324/9780429024085>.
- Fuchs, Doris; Sahakian, Marlyne; Gumbert, Tobias; Di Giulio, Antonietta; Maniates, Michael; Lorek, Sylvia; Graf, Antonia** (2021): Consumption corridors: living a good life within sustainable limits. Abingdon, Oxon New York, NY: Routledge.
- Gough, Ian** (2019): Universal Basic Services: A Theoretical and Moral Framework. In: *The Political Quarterly* 90 (3), 534–542. <https://www.doi.org/10.1111/1467-923X.12706>.
- Hausknost, Daniel** (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation. In: *Environmental Politics* 29 (1), 17–37. <https://www.doi.org/10.1080/09644016.2019.1680062>.
- Hirth, Steffen; Kreinin, Halliki; Fuchs, Doris; Blossey, Nils; Mamut, Pia; Philipp, Jeremy; Radovan, Isabelle and The EU1.5°Lifestyles Consortium** (2023): Barriers and enablers of 1.5° lifestyles: Shallow and deep structural factors shaping the potential for sustainable consumption. In: *Frontiers in Sustainability* 4. <https://www.doi.org/10.3389/frsus.2023.1014662>.
- IPCC** (2022): Climate change 2022: Mitigation of climate change (IPCC AR6 WG III).
- Kendall, Sarah S.; Dillman, Kevin J.; Davíðsdóttir, Brynhildur; Heinonen, Jukka** (2024): Toward sustainable food consumption: an indicator framework for a food provisioning sustainable consumption corridor. In: *Global Sustainability* 7, e43. <https://www.doi.org/10.1017/sus.2024.38>.
- Koide, Ryu; Lettenmeier, Michael; Akenji, Lewis; Toivio, Viivi; Amellina, Aryanie; Khodke, Aditi; Watabe, Atsushi; Kojima, Satoshi** (2021): Lifestyle carbon footprints and changes in lifestyles to limit global warming to 1.5 °C, and ways forward for related research. In: *Sustainability Science* 16 (6), 2087–2099. <https://www.doi.org/10.1007/s11625-021-01018-6>.
- Köves, Alexandra; Király, Gábor; Pataki, György; Balázs, Bálint** (2013): Backcasting for Sustainable Employment: A Hungarian Experience. In: *Sustainability* 5 (7), 2991–3005. <https://www.doi.org/10.3390/su5072991>.
- Kreinin, Halliki** (2021): The divergent narratives and strategies of unions in times of social-ecological crises: fracking and the UK energy sector. In: *Transfer* 27 (4), 453–468. <https://www.doi.org/10.1177/10242589211041216>.

- Kreinin, Halliki; Fuchs, Doris; Mamut, Pia; Hirth, Steffen; Lange, Steffen** (2024): Transforming provisioning systems to enable 1.5° lifestyles in Europe? Expert and stakeholder views on overcoming structural barriers. In: *SSPP* 20 (1), 2372120. <https://www.doi.org/10.1080/15487733.2024.2372120>.
- Maniates, Michael F** (2025): *The Living Green Myth: The Promise and Limits of Lifestyle Environmentalism*. Cambridge: Polity Press.
- Max-Neef, Manfred** (1991): *Human-Scale Development — Conception, Application and Further Reflection*. London: Apex.
- Nussbaum, Martha C.** (1992): Human Functioning and Social Justice: In Defense of Aristotelian Essentialism. In: *Political Theory* 20 (2): 202–246.
- O'Neill, Daniel W.; Fanning, Andrew L.; Lamb, William F.; Steinberger, Julia K.** (2018): A good life for all within planetary boundaries. In: *Nature Sustainability* 1 (2), 88–95. <https://www.doi.org/10.1038/s41893-018-0021-4>.
- Ripple, William J.; Wolf, Christopher; Van Vuuren, Detlef P.; Gregg, Jillian W.; Lenzen, Manfred** (2024): An environmental and socially just climate mitigation pathway for a planet in peril. In: *Environmental Research Letters* 19 (2), 021001. <https://www.doi.org/10.1088/1748-9326/ado59e>.
- Ritchie, Hannah; Roser, Max** (2024): Half of the world's habitable land is used for agriculture. *Our World in Data*, online unter <https://ourworldindata.org/global-land-for-agriculture>, abgerufen 03. 04. 2025.
- Schaffartzik, Anke; Pichler, Melanie; Pineault, Eric; Wiedenhofer, Dominik; Gross, Robert; Haberl, Helmut** (2021): The transformation of provisioning systems from an integrated perspective of social metabolism and political economy. In: *Sustainability Science* 16 (5), 1405–1421. <https://www.doi.org/10.1007/s11625-021-00952-9>.
- Stoddard, Isak; Anderson, Kevin; Capstick, Stuart; Carton, Wim; Depledge, Joanna; Facer, Keri; Gough, Clair; Hache, Frederic; Hoolahan, Claire; Hultman, Martin; Hällström, Niclas; Kartha, Sivan; Klinsky, Sonja; Kuchler, Magdalena; Lövbrand, Eva; Nasiritousi, Naghmeh; Newell, Peter; Peters, Glen P.; Sokona, Youba; Stirling, Andy; Stilwell, Matthew; Spash, Clive L.; Williams, Mariama** (2021): Three Decades of Climate Mitigation: Why Haven't We Bent the Global Emissions Curve? In: *Annual Review of Environment and Resources* 46 (1), 653–689. <https://www.doi.org/10.1146/annurev-environ-012220-011104>.
- UN DESA** (2023): *Sustainable Development Goals Report 2023*. New York: UNITED NATIONS.
- Vadovics, Edina; Richter, Jessika Luth; Tornow, Maren; Ozcelik, Nadin; Coscieme, Luca; Lettenmeier, Michael; Csiki, Eszter; Domröse, Lena; Cap, Stephanie; Puente, Luisa Losada; Belousa, Inga; Scherer, Laura** (2024): Preferences, enablers, and barriers for 1.5°C lifestyle options: Findings from Citizen Thinking Labs in five European Union countries. In: *SSPP* 20 (1), 2375806. <https://www.doi.org/10.1080/15487733.2024.2375806>.
- Vogel, Jefim; Hickel, Jason** (2023): Is green growth happening? In: *The Lancet Planetary Health* 7 (9), e759–e769. doi: 10.1016/S2542-5196(23)00174-2.
- Webb, Patrick; Benton, Tim G.; Beddington, John; Flynn, Derek; Kelly, Niamh M.; Thomas, Sandy M.** (2020): The urgency of food system transformation is

- now irrefutable. In: *Nature Food* 1 (10), 584–585. <https://www.doi.org/10.1038/s43016-020-00161-0>.
- WHO (2024): Malnutrition (Factsheet), online unter <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/malnutrition>, abgerufen 20.03.2025.
- Wiedenhofer, Dominik; Virág, Doris; Kalt, Gerald; Plank, Barbara; Streeck, Jan; Pichler, Melanie; Mayer, Andreas; Krausmann, Fridolin; Brockway, Paul; Schaffartzik, Anke; Fishman, Tomer; Hausknost, Daniel; Leon-Gruchalski, Bartholomäus; Sousa, Tânia; Creutzig, Felix; Haberl, Helmut (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part I. In: *Environmental Research Letters* 15 (6), 063002. <https://www.doi.org/10.1088/1748-9326/ab8429>.
- Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning Real Utopias*. London: Verso.

Über die Autor*innen

Paula Berendt, Wissenschaftliche Referentin der Direktorin am RIFS Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung. Email: paula.berendt@rifs-potsdam.de.

Doris Fuchs, Prof.in, PhD, Professorin für Nachhaltige Entwicklung an der Universität Münster und Direktorin am RIFS Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung. Email: doris.fuchs@rifs-potsdam.de.

Halliki Kreinin, PhD, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am RIFS Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am GFZ Helmholtz-Zentrum für Geoforschung. Email: halliki.kreinin@rifs-potsdam.de.